



Voegelin Zentrum
für Politik, Religion und Kultur
des Geschwister-Scholl-Instituts für Politikwissenschaft
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Sönke Niedringhaus

**Zur Verteidigung der normativen
politischen Theorie**

*Eine Auseinandersetzung mit modernen
Gegenpositionen aus Rawlsscher
Perspektive*

ausgearbeitete Fassung des Vortrags vom Symposium

Wozu normative politische Theorie?

am 7. Juli 2012

Internationales Begegnungszentrum der Wissenschaft München

Zur Verteidigung der normativen politischen Theorie

*Eine Auseinandersetzung mit modernen Gegenpositionen aus
Rawlsscher Perspektive*

von Sönke Niedringhaus, München

Wozu normative politische Theorie?

Die normative politische Theorie und Philosophie hat eine fast 2500 jährige Tradition und gehört damit zu den ältesten Disziplinen der Wissenschaftsgeschichte. In dieser bewegten Geschichte lassen sich verschiedene konjunkturelle Auf- und Abschwünge der normativen politischen Philosophie festmachen. Sie beendete im antiken Griechenland die Vorherrschaft des dichterischen Mythos bei der Erklärung von Polis und Herrschaft, indem sie die Freiheit des menschlichen Handelns und Denkens in den Vordergrund rückte. Dahinter stand die Vorstellung, dass der Mensch kraft seiner Vernunft selber erkennen könne, welche Politik und Polis gerecht oder ungerecht sei. Mit dem Siegeszug des Christentums in Europa schwand auch der Einfluss der politischen Philosophie als eigenständiger Disziplin, die sich während dieser Epoche ganz in den Dienst einer theologischen Welterfahrung zu stellen hatte. Von der Theologie löste sie sich wiederum im 17. und 18. Jahrhundert, als es der Philosophie des Natur- und Vernunftrechts gelang den Gesellschaftsvertrag als Grundlage von Recht und Staat zu etablieren. In Folge der revolutionären wissenschaftlichen Entdeckungen und Theoriebildungen auf den Gebieten der Natur, der Gesellschaft, der Ökonomie und des Rechts wurde dann insbesondere die politische Philosophie aus dem Bereich der Wissenschaften verdrängt. Positivismus und Materialismus entmachteten die praktische Vernunft als moralischen Kompass der politischen Philosophie. Der praktische Nutzen sowie der ökonomische Wert von Wissenschaft und Politik standen im Mittelpunkt des Denkens. Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen erschütterten diesen naiven Glauben an Rationalität in der Moderne und man schraubte die deskriptive Wende im politischen Denken zeitweilig zurück. Dabei entstanden erste Versuche die moderne Gesellschaft auf ein neues normatives Fundament zu gründen. Eine wirkliche Renaissance der normativen politischen Philosophie brachte jedoch erst die „Theorie der Gerechtigkeit“ von John

Rawls im Jahr 1971, welche nicht nur die analytische Philosophietradition für normative Fragen öffnete, sondern auch zu Diskussionen in Wissenschaftsgebieten jenseits der Philosophie angeregt hat.

Gegenwärtig hält Jürgen Habermas noch die Tradition der normativen politischen Theorie hoch, aber ihre Daseinsberechtigung in den Instituten der Politikwissenschaft und ihre Relevanz für die Gesellschaft sind umstritten. In diesem Essay möchte ich kurz drei wesentliche Gegenpositionen zu einem normativen Ansatz skizzieren, um dann mit Rawls zu versuchen auf diese Positionen zu antworten. Die erste Gegenposition ist eine philosophische Metaethik, die man als Non-Kognitivismus oder allgemeiner als *externen* Skeptizismus bezeichnen kann. Dieser Skeptizismus ist *extern*, weil er nicht den Inhalt konkreter Normen ablehnt, sondern ihre philosophische Begründungs- und Wahrheitsfähigkeit. Auf den *internen* Skeptizismus kann und muss im Rahmen einer normativen Theorie geantwortet werden. Die *externe* Variante dagegen rüttelt am Fundament dieser Art von Theoriebildung, weil sie ihre Sinnhaftigkeit generell in Frage stellt. Von den unterschiedlichen Spielarten des externen Skeptizismus möchte ich exemplarisch die Argumente Richard Rortys vorführen.

Als zweiten Gegner stelle ich die objektivierende Sozialwissenschaft vor, welche die Gesellschaft wie ein neutraler Beobachter aus einer *externen* Perspektive betrachtet. Sie gibt die *interne* Perspektive eines Teilnehmers an sozialen und politischen Prozessen auf, um mit empirischen Methoden die gesellschaftliche Faktizität von normativen Geltungsansprüchen zu befreien. Dieses moderne Verständnis der Sozialwissenschaften wurde wesentlich durch die Arbeiten Max Webers geprägt. Es stellt nicht primär den kognitiven Gehalt normativer Theorie in Frage, sondern ihre Wissenschaftlichkeit. Beide hier skizzierten Positionen sind mittlerweile klassische Gegner der normativen politischen Philosophie. Die dritte von mir vorgestellte Position hat sich erst im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte immer stärker innerhalb der politischen Theorie herausgebildet, wobei auch sie auf frühere Vordenker zurückgreift. Sie nimmt gegen das herrschende normative Paradigma des Liberalismus Stellung und verfolgt dabei einen sogenannten politischen „Realismus“. Politik ist nach diesem Verständnis bestimmt durch Konflikt und Abgrenzung anderen gegenüber. Menschen haben gegeneinander gerichtete Interessen und unterschiedliche Machtpotenziale zur Durchsetzung dieser Interessen. Der politische Realismus interessiert sich nicht für den Entwurf oder die Rekonstruktion einer

gerechten Ordnung der Gesellschaft. Den Realisten beschäftigt die Frage: Wer hat die Macht? Dieses gegen den politischen Konsens gerichtete Denken nimmt deutlichen Bezug auf die Arbeiten Carl Schmitts und Max Webers.

Nach den Ausführungen zur skeptischen Erkenntnistheorie, empirischen Sozialwissenschaft und „realistischen“ Politikwissenschaft werde ich mit Rawls ein Plädoyer für die normative politische Philosophie halten. Er nennt vier Aufgaben, welche die politische Philosophie in einer Demokratie für sich in Anspruch nehmen kann und sollte: Eine *praktische*, eine *orientierende*, eine *versöhnende* und eine *utopistische* Aufgabe. Diese Aufgaben eröffnen und begründen ein weites Betätigungsfeld für eine politische Philosophie als normative Theorie.

Moralischer Skeptizismus

Woher wissen wir, was gut und böse oder gerecht und ungerecht ist? Welche Begründungen und Argumente gibt es, auf die wir ein solches Wissen über moralische Fragen stützen können? Aus der Perspektive des moralischen Skeptizismus haben wir keine überzeugenden Begründungen und Argumente für unsere moralischen Normen und Werte. Demnach sei Moral auch keine Form des Wissens, sondern höchstens Ausdruck von Wünschen, Gefühlen oder Präferenzen. Dieser Skeptizismus lässt sich in zwei Typen differenzieren: *extern* und *intern*. Der externe Skeptiker zweifelt grundsätzlich an der Wahrheits- und Begründungsfähigkeit moralischer Normen und Werte, während der interne Skeptiker nur bestimmte moralische Überzeugungen und konkrete Moralbegründung ablehnt.¹ Dieser argumentiert innerhalb des moralischen Begriffssystems und tritt der Moral quasi auf Augenhöhe entgegen. Den internen Skeptiker kann man überzeugen, indem man die Moral anders oder besser begründet als er es bisher gewohnt war. Der externe Skeptiker dagegen rüttelt am Fundament jeglicher Begründung von Moral. Der externe Skeptizismus führt dabei nicht zu einer grundsätzlich amoralischen Haltung oder Persönlichkeit. Er ist mit starken moralischen Überzeugungen vereinbar und bezweifelt nicht Werte und Normen an sich, sondern ihre Begründungen und ihren Universalismus.

¹ Mit dieser Unterscheidung zwischen internem und externem Skeptizismus folge ich der Argumentation von Ronald Dworkin. Vgl. Ronald Dworkin(2011), S.30ff.

Ein Beispiel für internen Skeptizismus sind die beiden folgenden Aussagen: (1) „Wenn es eine universelle Moral gibt, dann kommt sie von Gott.“ (2) „Es gibt keinen Gott.“ Beide Aussagen zusammengenommen führen zu der Schlussfolgerung, dass es keine universelle Moral gibt. Nur Aussage (1) hat einen moralischen Gehalt. Dieser Gehalt formuliert jedoch keine konkreten moralischen Werte oder Prinzipien, sondern einen abstrakten moralischen Geltungsanspruch.² Er enthält eine These zur Rechtfertigung der Moral, die anführt unter welcher Bedingung, nämlich der Existenz Gottes, eine Moral universelle Geltung beanspruchen könnte. Aussage (2) negiert diese Bedingung und führt damit in den Skeptizismus. Einzeln betrachtet sind beide Aussagen weder hinreichende noch notwendige Bedingungen für eine skeptische Position. Man kann Aussage (1) bekräftigen und gleichzeitig von der Existenz Gottes überzeugt sein, oder die Existenz Gottes bestreiten und andere Quellen für eine universelle Moralbegründung anführen, z.B. eine alle Menschen gemeinsame Vernunft. Es bieten sich daher für dieses Beispiel zwei mögliche Angriffspunkte gegen den Skeptizismus an, in denen sich Religion und Philosophie unterscheiden, sofern sie gegen einen moralischen Skeptizismus argumentieren. Die Religion versucht den Menschen von Gott zu überzeugen, während man in der Philosophie nach alternativen Begründungen der Moral sucht. Dieses Projekt der Philosophie wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, um den Skeptiker von einer universell geltenden Moral zu überzeugen. Der interne Skeptiker fordert die normative Theorie geradezu heraus weiter nach besseren Begründungen zu suchen, indem er selbst Geltungsansprüche mit moralischem Gehalt, wie in Aussage (1), erhebt. Daher ist der interne Skeptizismus für das Projekt normativer Theoriebildung unproblematisch und soll in diesem Essay keine Rolle spielen. Die wahre Herausforderung für die normative Theorie geht vom externen Skeptiker aus.³

Der externe Skeptizismus lehnt nicht nur bestimmte Begründungen der Moral ab, sondern stellt das philosophische Projekt einer Moralbegründung ganz in Frage. Eine Form dieses Skeptizismus bestreitet, dass normative Aussagen kognitiven Gehalt haben. Dieser Auffassung nach sind normative Aussagen keine Aussagen im eigentlichen Sinne. Wenn ich sie behaupte, dann stelle ich damit nur fälschlicherweise den Geltungsanspruch der Wahrheit auf. Tatsächlich seien

² Dworkin spricht bei diesem Beispiel von globalem (internem) Skeptizismus, vgl. ebd. S.34.

³ Hier unterscheide ich mich in meiner Auffassung von Ronald Dworkin, der den externen Skeptizismus und die gesamte Metaethik als verfehlte Philosophie betrachtet, vgl. ebd. S.67f.

normative Aussagen gar nicht wahrheitsfähig. Ein sprachphilosophisches Argument für diese These lautet: Normative Sätze seien in Wahrheit verschleierte Gefühlsäußerungen oder Imperative. Ein häufig verwendetes Beispiel ist die Behauptung: „Steuern zahlen ist ungerecht“. Damit sagt der Sprecher, so die Non-Kognitivisten, eigentlich nichts anderes als: „Mir gefällt es nicht Steuern zu zahlen“ oder „Schafft das Steuersystem ab“. Ein Gerechtigkeitsurteil sei ein verschleiertes Geschmacksurteil. Es drücke lediglich eine subjektive Präferenz aus und bleibe epistemisch, d.h. für eine objektive Erkenntnis, unzugänglich.

Richard Rorty ist ein prominenter Vertreter dieser Gegenposition. Seiner Argumentation nach gibt es so etwas wie moralisches Wissen gar nicht. Moralität und Solidarität seien keine epistemischen Zustände oder rational begründbar. Solidarität sei ein Gefühl, das sich einstellt, wenn man grausame Bilder sieht oder mitleiderregende Geschichten liest. Das Bild eines hungernden Kindes in Afrika, das die Menschen zu Spenden animiert, oder die Tagebücher der Anne Frank, die einem die Grausamkeit des Nazi-Regimes vor Augen führen, wären solche Beispiele. Rorty selbst nennt „Onkel Toms Hütte“ als einen Katalysator für den moralischen Fortschritt in der Behandlung der schwarzen Bevölkerung in den USA, der letztlich zur Abschaffung der Sklaverei führte. In seiner Hoffnung auf mehr Solidarität und einen moralischen Fortschritt in der Welt, denn diese Hoffnung hat er, setzt Rorty alles auf die menschliche Fähigkeit zur Empathie und nichts auf eine objektive und allen Menschen gemeinsame Vernunft, die das moralisch Richtige erkennen kann: *„Wir Pragmatisten gehen bei unserer Argumentation davon aus, daß das Auftauchen der Menschenrechtskultur einem Zuwachs an moralischem Wissen offenbar gar nichts, sondern alles dem Hören trauriger und rührseliger Geschichten verdankt, und gelangen so zu der Schlußfolgerung, daß es ein Wissen der von Platon ins Auge gefaßten Art wahrscheinlich nicht gibt.“*⁴

Hans Globke hatte 1936 in seinem juristischen Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen eine pseudowissenschaftliche Begründung des dort verankerten „Rasseprinzip“ angeführt.⁵ Rorty glaubt nicht, dass es möglich ist, einem Nazi aus Vernunftgründen in seinen Überzeugungen einen moralischen Fehler nachzuweisen. Seiner Meinung nach hätte man Globke kein Erkenntnisdefizit unterstellen können,

⁴ Richard Rorty(2003), S.248.

⁵ Vgl. Wilhelm Stuckart/Hans Globke(1936), S.10.

das sich einfach mit der Lektüre von Immanuel Kants Sittengesetz hätte beheben lassen. Der Nazi unterscheide sich vom Liberalen nicht durch einen Mangel an Vernunft, sondern durch Grausamkeit und einen Mangel an Empathie. Der Versuch ihn mit Hilfe logischer Argumentation von seinen Überzeugungen abzubringen ist für Rorty aussichtslos.

Eine normative Theoriebildung mit dem Ziel einer philosophischen Begründung moralischer Prinzipien müsse daher bereits im Ansatz scheitern. Moralische Prinzipien könne man nicht wie mathematische Formeln erkennen und verstehen, sondern sie würden durch den Kontakt mit der eigenen Lebenswelt, ihrer Kunst und Kultur, eingeübt. Aufgabe der Philosophie könne es lediglich sein, solche eingelebten und vorgefundenen, normativen und politischen Prinzipien zu artikulieren, nicht aber sie zu rechtfertigen. Damit degradiert Rorty die politische Philosophie zu einer Hermeneutik bestehender und kontingenter Traditionen, der es in den Augen von Habermas an kritischem Potential fehle.⁶ Dennoch macht sich Rorty die Theorie von Rawls zu Eigen und interpretiert sie genau im Sinne dieser hermeneutischen Artikulation liberaler Prinzipien.⁷ Habermas dagegen hat eine andere Lesart der Theorie von Rawls. Seiner Ansicht nach ist die rationale Rekonstruktion der Gerechtigkeitsintuitionen und politischen Ideen einer gefestigten demokratischen Gesellschaft in einem Überlegungsgleichgewicht mehr als eine bloß kontextualistische Interpretation kontingenter Traditionen.⁸ Diese Ideen und Intuitionen seien bereits Ausdruck eines entwickelten Rationalitätspotentials innerhalb einer Gesellschaft. Habermas geht dabei von dem Konzept einer kommunikativen Rationalität aus, deren weitgehende Verwirklichung auf politischer Ebene bereits die Demokratie ist.

Beide Interpretationen sind prima facie zulässig, weil sie über den von Rawls selbst abgesteckten Rahmen seiner Theorie hinausgehen. Die Frage von Universalismus oder Partikularismus ist für Rawls nicht Teil einer politischen Konzeption, denn die Antwort darauf verlangt eine umfassendere Stellungnahme bezüglich der Gerechtigkeit als es seine Theorie vorsieht. Eine solche Stellungnahme wäre aber nach Ansicht von Rawls niemals konsensfähig. Daher überlässt seine politische

⁶ Vgl. Jürgen Habermas(1996), S.122.

⁷ Vgl. Richard Rorty(1988), S.82ff.

⁸ Vgl. Jürgen Habermas(1996), S.79.

Konzeption den einzelnen philosophischen Positionen die Beantwortung der Frage nach Universalismus oder Kontextualismus/Partikularismus in ihrem Sinne. Für die Rechtfertigung und den Inhalt einer politischen Konzeption ist die Frage nicht relevant. Er wende „*das Prinzip der Toleranz auf die Philosophie selbst an*“⁹, wie er sich ausdrückte. Wo aber liegen die Grenzen dieser Toleranz? Kann er sich auch tolerant gegenüber einem Skeptizismus zeigen, der normativen Sätzen jeglichen kognitiven Gehalt abspricht? Eine solche Toleranz würde alle Gerechtigkeitstheorien ad absurdum führen. Jede normative Theoriebildung legt sich performativ auf die These fest, dass normative Sätze einen kognitiven Gehalt haben können, d.h. dass es Sinn macht für oder gegen sie zu argumentieren. Diese These wird auch durch unsere moralische Alltagspraxis gestützt. Dort geben die Menschen ganz selbstverständlich Gründe in praktischen Konflikten und versuchen für bzw. gegen die Richtigkeit einer Handlung oder Norm zu argumentieren. Obwohl wir mit dieser Praxis des Begründens und Überzeugens regelmäßig scheitern, wie bei dem Extrembeispiel des überzeugten Nazis, halten wir dennoch an ihr fest. Denn der Nazi ist nicht nur grausam und gefühllos, sondern er hat Unrecht. Der Non-Kognitivismus bürdet sich die Beweislast auf, dass es sich bei allen praktischen Gründen um sprachliche Irrtümer handelt, denn er verneint diesen Gründen ihre Wahrheitsfähigkeit. Wenn diese Skeptiker Recht hätten, wäre das menschliche Leben in weiten Teilen durch sinnlose Praktiken gekennzeichnet. Durch diese Tatsache wirkt der Non-Kognitivismus bisher wenig überzeugend.

Das empirische Paradigma

Die zweite Gegenposition betrifft die Frage nach der Wissenschaftlichkeit einer normativen politischen Theorie, da in der Moderne das empirische Paradigma auch in den Gesellschaftswissenschaften vollständig etabliert ist. Ich vertrete die These, dass sich normative und empirische Theorie weniger als Gegner und mehr als Partner begreifen sollten. Die empirische Theorie wird erst dann zu einem echten Gegner der normativen politischen Theorie, wenn ihr Anspruch auf „Objektivität“¹⁰ durch

⁹ John Rawls(1998), S.74.

¹⁰ Ich verwende den Begriff der Objektivität, weil er in der Alltagssprache etabliert ist, und ohne damit eine bestimmte erkenntnistheoretische Position vorwegzunehmen. Es verbirgt sich dahinter nicht mehr als die performative Forderung jeder Untersuchung bzw. Theorie nach allgemeiner Gültigkeit durch Freiheit von subjektiven Einflüssen.

Empirie in der Politikwissenschaft hegemonial wird. Einen solchen Hegemonialanspruch bezeichne ich im Folgenden als Empirismus.¹¹ Einer der bedeutendsten Denker, der diesen Hegemonialanspruch innerhalb der Wissenschaft formulierte, war Max Weber. Mit Max Weber müsste man annehmen, dass eine wissenschaftliche Theoriebildung im Bereich des Normativen gar nicht möglich sei. Wissenschaft kann immer nur über das „Sein“ Auskunft geben, aber niemals über das „Sollen“, wobei eine Ableitung dessen „was wir tun sollen“ aus dem „was ist“ nicht zulässig sei. Die empirische Tatsache, dass etwas der Fall ist, rechtfertige nicht die moralische *Tatsache*, dass etwas der Fall sein sollte.

Ein Philosoph, der ebenfalls die Brauchbarkeit der empirischen Wissenschaft für die Erkenntnis moralischer *Tatsachen* bezweifelte, war G.E. Moore. Er hatte eine solche Verknüpfung zwischen Norm und Theorie als „*naturalistic fallacy*“¹² bezeichnet. Man solle die Moral weder wie ein Naturphänomen wissenschaftlich beschreiben und untersuchen noch versuchen sie auf einzelne empirische Tatsachen zu reduzieren. Die Ethik müsse sich primär mit dem Prädikat „gut“ befassen und seine Bedeutung analysieren. Diese These legte den Grundstein für die analytische Moralphilosophie im 20. Jahrhundert. Dabei gelangte Moore zu der Auffassung, dass man das Prädikat „gut“ nicht wissenschaftlich definieren könne, denn es sei kein „*natural object*“¹³. Er bezeichnet den Begriff „gut“ als „*simple notion*“¹⁴, als basale und evidente Eigenschaft, welche uns, ähnlich der Farbe eines Gegenstandes, ins Auge springe. Folglich sei auch jede wissenschaftliche Analyse, die von einer bestimmten Definition des Prädikats „gut“ ausgehe, z.B. „Das Nützliche allein ist gut“, ein Irrtum. Auch wenn er die wissenschaftliche Bearbeitung der Moral kritisierte, ging Moore doch ganz selbstverständlich davon aus, dass die Moral objektiv existierte. Seiner Ansicht nach bedürfe es nur keiner Theorie, um das Gute und Gerechte zu erkennen. Die Ethik helfe uns nicht bei dieser Erkenntnis sowie uns physikalische Theorien zur Wellenstruktur des Lichts nicht dabei helfen Farben zu erkennen. Der Mensch besitze ein Sinnesorgan oder eine Intuition, die „gut“ und „böse“ unterscheiden könne. Diese

¹¹ Alternative ideengeschichtliche und wissenschaftstheoretische Bedeutungen des Begriffs Empirismus sollen hier keine Rolle spielen.

¹² G. E. Moore(1966), S.10.

¹³ Ebd., S.13.

¹⁴ Ebd., S.7.

Form des Intuitionismus war Max Weber fremd und sie markiert nur eine unter vielen meta-ethischen Positionen innerhalb der Philosophie. Dem Hegemonialanspruch der Empirie auf objektive Erkenntnis widerspricht der Intuitionismus explizit. Damit ist dieser Anspruch jedoch nicht hinreichend entkräftet, denn der Intuitionismus ist nicht weniger umstritten als der Empirismus. Der Kern der Argumentation Moores führt jedoch zu der Einsicht, dass man der Moral unter ihrem normativen Aspekt nicht mit naturwissenschaftlichen Methoden zu Leibe rücken sollte. Moralische Begriffe kann man nicht auf empirische reduzieren.

Das Normative kann aus wissenschaftlicher Perspektive nicht durch empirische Fakten gerechtfertigt werden. Hier gibt es keine normative Kraft des Faktischen. Bereits David Hume hatte sich darüber gewundert, dass alle Moralphilosophen zunächst Behauptungen über das „Sein“ aufstellen und dann ganz ungeniert in einen anderen Sprachmodus wechseln, indem sie plötzlich nicht mehr behaupten, dass etwas der Fall ist, sondern dass etwas der Fall sein soll.¹⁵ Die Argumente von Moore und Hume sind nicht von der Hand zu weisen. Sie zeigen, dass eine überzeugende normative Theorie nur als eigenständiges und unabhängiges Projekt verwirklicht werden kann. Wie rechtfertigt Weber jedoch seinen engen Begriff von Wissenschaft, der sich nur auf den Bereich des „Seins“ beschränkt? Für Weber sind praktische Fragen wissenschaftlich nicht beantwortbar, weil es wertgebundene Fragen sind. Um zu wissen, wie ich in einer bestimmten Situation handeln soll, muss ich die Werte kennen, welche ich durch mein Handeln verwirklichen möchte. Das sittliche Fundament, auf dem sich eine einheitliche Wertordnung bilden konnte, sei im Verlauf der Modernisierung unserer Gesellschaft zerfallen. Aus dem einen Gott, an den alle glaubten, wurden viele Götter. Weber prägte diesbezüglich den Begriff des „Polytheismus der Werte“. Diese Werte stehen in einem unauflöselichen Wettstreit miteinander: *„Die Unmöglichkeit »wissenschaftlicher« Vertretung von praktischen Stellungnahmen [...] folgt aus weit tiefer liegenden Gründen. Sie ist prinzipiell deshalb sinnlos, weil die verschiedenen Wertordnungen der Welt in unlöslichem Kampf untereinander stehen.“*¹⁶ Die wissenschaftliche Rationalität sei nicht in der Lage diesen Streit aufzulösen. Sie reduziert sich selbst auf eine rein instrumentelle Vernunft. Sie könne einem nur die Mittel an die Hand geben, um eine vorgegebenes

¹⁵ Vgl. David Hume(1978), S.211.

¹⁶ Max Weber(1984), S.27.

Ziel oder einen vorgefundenen Zweck zu verwirklichen. Die praktische Vernunft geht bei Weber in ihrem pragmatischen Gebrauch auf.¹⁷

Der Zerfall traditioneller Sittlichkeit bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass sich moderne Gesellschaften nicht noch auf ein Fundament geteilter politischer Werte und Gerechtigkeitsüberzeugungen stützen können. Kennzeichen des sittlichen Zerfalls ist gerade die Differenzierung zwischen Fragen der Gerechtigkeit bzw. einer gerechten politischen Ordnung und Fragen des guten Lebens oder persönlichen Seelenheils. Der Liberalismus hat sich entsprechend dieser Differenzierung das Credo vom „Vorrang des Rechten vor dem Guten“ gegeben. Unabhängig von der Überzeugungskraft des Liberalismus müsste der Empirist, wenn er am Hegemonialanspruch auf Objektivität festhält, dem politischen Philosophen nachweisen, dass auch auf dem begrenzten Feld der politischen Gerechtigkeit kein Konsens und keine Objektivität möglich sind. Die Argumente Webers reichen dafür nicht aus. Die Herausforderung des politischen Philosophen wiederum besteht darin, diesen Konsens zu suchen und seine Objektivität zu begründen. Eine umfassende ethische Theorie, die sich auf ein sittliches Fundament oder eine Leitkultur gründet, hat in einer modernen Gesellschaft kaum Chancen auf allgemeine Zustimmung. Hier treffen Webers Argumente bezüglich moderner Gesellschaften zu. Dem Philosophen stehen aber andere Optionen für seine Theoriebildung offen. Sie kann beispielsweise mit einer Interpretation des Begriffs der Gerechtigkeit beginnen, die sich in den Begriffen des Bürgers und der demokratischen Gesellschaft fortsetzt. Dabei markiert das Einholen des Anspruchs auf Objektivität die größte Schwierigkeit einer normativen Theorie, denn ihr ist der einfache Weg zur Objektivität durch Empirie versperrt. Jede normative Theorie muss mit Hilfe ihrer Argumente und Begriffsinterpretationen einen eigenen Weg finden. Normen und Werte sind im Gegensatz zu empirischen Tatsachen nicht „*barely true*“¹⁸. Keine einfache Beobachtung und kein Experiment kann ihre Objektivität beweisen. Dieses Faktum macht die normative Theorie anfälliger für Kritik und Ablehnung als ihren empirischen Gegenpart. Sie ist, um eine klassische Formulierung zu verwenden, immer nur *Umrisswissenschaft*. Umso wichtiger ist es, dass sich jede Gerechtigkeitskonzeption von Beginn an dieses Problems bewusst ist und einen

¹⁷ Vgl. Jürgen Habermas(1991), S.100-118.

¹⁸ Ronald Dworkin(2011), S.153f.

eigenen Weg zur Objektivität aufzeigt. Ein wesentlicher Beitrag von John Rawls zur politischen Philosophie besteht in einer eingehenden und selbstkritischen Bearbeitung genau dieses Problems.¹⁹ Das Fehlen eines einheitlichen und etablierten normativen Paradigmas in der Wissenschaft verpflichtet jeden Philosophen dazu Rechenschaft über sein methodisches Vorgehen abzulegen.

Trotz des Siegeszugs der empirischen Politikwissenschaft muss sich die politische Philosophie nicht in die Welt der Literatur und Dichtung zurückdrängen lassen. Die Form der wissenschaftlichen Betrachtung, welche sich am ideal der Naturwissenschaft orientiert, ist nur eine mögliche Form von Rationalität. Rationalität begegnet uns daneben auch außerhalb von Logik, Mathematik und Naturwissenschaft im praktisch-politischen Alltag. Menschen geben sich Ziele und Zwecke, die mit ihren Überzeugungen, Wünschen und Interessen verwoben sind. Sie schmieden Pläne, um diese Ziele zu erreichen und legen einander Rechenschaft über ihr Handeln ab. Es fehlt der überzeugende Nachweis, dass praktische Fragen, wie „Was sollen wir tun?“ oder „Nach welchen Prinzipien sollen wir unsere Gesellschaft organisieren?“ grundsätzlich nicht rational begründbar seien. Mit den Methoden der empirischen Naturwissenschaft bleiben diese Fragen notwendig unbeantwortet. Allerdings sind diese Fragen für eine hermeneutische oder rekonstruktive Philosophie, die Anschluss an unsere Lebenswelt sucht, von großem Interesse. Um einen solchen Ansatz als grundsätzlich irrational oder verfehlt zu bezeichnen, bedarf es weitergehender philosophischer Argumente. Das empirische Paradigma selbst, kann über den Wert normativer Theorie kein hinreichendes Urteil fällen. Erkenntnisse aus der Empirie können nur aufzeigen, inwiefern eine normative Theorie von empirisch widerlegbaren Voraussetzungen ausgeht oder allzu utopische Konsequenzen fordert. Nur unter der Annahme einer weitergehenden epistemologischen These, z.B. des Non-Kognitivismus, ließe sich der Hegemonialanspruch aufrechterhalten. Die Problematik einer solchen Position hatte ich bereits herausgestellt. Viel sinnvoller wäre die Annahme einer sich gegenseitig befruchtenden Arbeitsteilung zwischen empirischer Wissenschaft und normativer Philosophie. Darauf komme ich zurück, wenn ich die vier Aufgaben der politischen Philosophie im Sinne Rawls erläutere.

¹⁹ Ein Beispiel ist die Objektivität durch die Idee des Überlegungsgleichgewichts („*reflective equilibrium*“), die er bereits in seinem ersten Essay („*Outline of a Decision Procedure for Ethics*“, 1951) andenkt und bis zu seiner letzten Monographie („*Justice as Fairness: A Restatement*“, 2001) weiter ausarbeitet und spezifiziert.

Der realistische Ansatz einer politischen Theorie

Der dritte Gegner einer normativen Theorie ist die realistische politische Theorie, die ich gleichzeitig als stärkste Gegenposition ansehe, nachdem das empirische Paradigma keine echte Gegenposition darstellt und der erkenntnistheoretische Skeptizismus keine hinreichenden Argumente vorbringen kann. Die realistischen Ansätze sind □im Anschluss an empirische Theorien□ primär deskriptiver Natur und Begründen keine normativen Prinzipien. Als „realistische“ politische Theorie bezeichne ich ein diffuses Gemenge von verschiedenen Theorieansätzen²⁰, die man bis an die Anfänge politischer Philosophie zurückverfolgen kann. Die Sophisten Thrasymachos und Kallikles, mit denen Sokrates sich in den platonischen Dialogen auseinandersetzen muss, gehören zu den frühesten Vertretern. Anders als die empirische Sozialwissenschaft, ist der realistische Ansatz kein Kind der Moderne. Wenn wir Platons Politeia als Grundsteinlegung normativer politischer Theorie betrachten, dann setzt sich Platon dort mit der These des Thrasymachos auseinander, die man dieser realistischen Theoriebildung zuordnen kann. „*Gerechtigkeit ist der Vorteil der Stärkeren*“ erwidert Thrasymachos auf Platons Frage nach der Gerechtigkeit. Was ist das spezifisch realistische an dieser These? Thrasymachos macht keine Aussage darüber, wie die Gerechtigkeit bzw. eine gerechte Polis seiner Überzeugung nach beschaffen sein *sollten*. Diese These ist kein politischer Moralismus, im Sinne der Norm: „Es ist gerecht, dass die Starken bestimmen was gerecht ist“. Sie ist eine Reflexion über politische Machtstrukturen. Die Stärkeren □welche Gruppe es auch immer im Einzelfall sein mag□ ordnen die Polis gemäß ihren Interessen. Genau diese Reflexion findet bei einer normativen politischen Theorie, die nur eine Anwendung der Ethik oder Moralphilosophie auf die Politik ist, nicht statt. Der Realismus kritisiert an der normativen Theorie, dass sie der Politik nur eine bestimmte Ideologie überstülpt. Dagegen geht der Realismus davon aus, dass nur eine unnachgiebige Reflexion über das politische Handeln sowie über die tatsächlichen Macht- und Interessenstrukturen einer Gesellschaft zu einer angemessenen und informierten Theorie der Politik beitragen kann.

Bernard Williams gehörte zu den bedeutendsten realistischen Denkern des 20. Jahrhunderts. Ihn begleitete das ständige Misstrauen gegenüber einer Philosophie, die sich zu sehr von der Lebenswirklichkeit der Menschen entfernt. In einer Anekdote

²⁰ Vgl. Matt Sleat(2011), S.469f.

über ein Treffen mit dem Philosophen Michael Stocker in einer New Yorker Bar stellt Williams fest: „*After one glass of bourbon, we agreed that our work consisted largely of reminding moral philosophers of truths about human life which are very well known to virtually all adult human beings except moral philosophers.*”²¹ Dieses Moment des Entschwebens der Philosophie in den Elfenbeinturm sieht er auch in der politischen Theorie von John Rawls, die er als Ausdruck politischen Moralismus’ etikettiert. „*Im Anfang war die Tat*“ heißt es in Goethes Faust und Bernard Williams zitiert diesen Gedanken, um den Alternativansatz stark zu machen, den er politischen Realismus nennt: „*I shall call views that make the moral prior to the political, versions of ‘political moralism’ (PM). [...] I shall try to contrast with PM an approach which gives a greater autonomy to distinctively political thought. This can be called, in relation to a certain tradition, political realism*“.²² Der politische Moralismus, wie Williams ihn charakterisiert, geht vom Primat der Moral gegenüber der Politik aus. Dieses Primat erweise sich aber bei einer realistischen Betrachtung des Politischen als Irrtum oder Chimäre. Moralische und ethische Überzeugungen, Normen und Werte, sind Teil des Politischen und untrennbar mit ihm verwoben. Eine philosophische Herleitung moralischer Prinzipien, die anschließend auf Politik und Gesellschaft übertragen und angewendet werden, muss daher notwendig immer an der Realität scheitern.

Der politische Realismus geht in seinem Begriff des Politischen vom menschlichen Handeln im institutionellen Rahmen der Gesellschaft aus und bezieht sich nicht primär auf moralische Überzeugungen, die lediglich Ausdruck von Wunschdenken oder eines falschen □im marxistischen Sinne□ Bewusstseins sein können. Raymond Geuss hat einen realistischen Ansatz entwickelt, den er durch folgende Merkmale ausweist:²³ Die politische Theorie solle sich mit der tatsächlichen funktionsweise politischer und ökonomischer Institutionen befassen, mit Interessen und Motiven, mit Handlungen und Handlungskontexten sowie mit den historischen Bedingungen einer konkreten Gesellschaft. Für Geuss besteht das Politische in der Ausübung einer Kunst und nicht in der Anwendung einer Ethik oder Moralphilosophie. Seine Kritik an der normativen Theorie spitzt er mit den Worten zu: „*Eine politische Philosophie,*

²¹ Bernard Williams(2005), S.53.

²² Ebd., S.3.

²³ Vgl. Raymond Geuss(2008), S.9-18.

*die es sich erlaubt, von der Machtfrage ganz abzusehen, hat den Kontakt mit der Wirklichkeit vollkommen verloren und ist bloße Literatur, allenfalls ‚Dichtung‘, geworden“.*²⁴ Der Begriff der Macht knüpft an die normative Frage nach ihrer Legitimation an. Während der politische Moralismus sich aber nur mit der Frage der richtigen Legitimation von Politik beschäftigt, betrachte eine realistische Theorie beide Aspekte gleichermaßen. Damit könne die realistische Theorie eine Ideologiekritik leisten, welche dem politischen Moralismus unmöglich sei. Der politische Moralismus bewege sich nur innerhalb seiner eigenen Ideologie, während eine realistische *„Ideologiekritik versucht, undurchsichtige Verquickungen von Macht und Wissens- beziehungsweise Legitimitätsansprüchen zu beleuchten.“*²⁵

Carl Schmitts dezisionistische Kritik am herrschenden Liberalismus und Rechtspositivismus, Karl Marx' Kritik der kapitalistischen Gesellschaft oder Chantal Mouffes Kritik an der Konsensdemokratie lassen sich in die Reihe realistischer Theorien über Politik einreihen. Gleiches gilt auch für die historisch-genealogischen Analysen politischer Begriffe bei Nietzsche oder Foucault und Max Webers Thesen über Macht und Legitimation. Diesen unterschiedlichsten Ansätzen gemein ist ihre Frontstellung gegen die normative politische Theorie im Sinne eines politischen Moralismus. Der Ausgangspunkt der politischen Theorie müsse die politische Realität und nicht die Moral sein, bzw. die tatsächlichen Verhältnisse und nicht wünschbare Ideale. In der Tat kann eine normative politische Theorie eine Machtanalyse oder Ideologiekritik nicht leisten. Aber ist sie deshalb für die politische Wissenschaft gänzlich wertlos und als politischer Moralismus zu bezeichnen? Nein. Sie kann Prinzipien der Gerechtigkeit begründen, ohne empirisch ignorant oder politisch naiv sein zu müssen. Weder gegenüber Erkenntnissen aus den empirischen Sozialwissenschaften noch gegenüber ideologiekritischen Reflexionen über Verflechtungen von Macht, Wissen und Interessen muss sich eine normative Theorie immunisieren. Eine liberale Theorie der Gerechtigkeit kann sich der Kritik stellen, dass der Liberalismus die herrschende Ideologie westlicher Demokratien geworden ist. Bestimmte Formen bzw. Deformationen liberaler Gedanken sind politischen und ökonomischen Interessen geschuldet und dienen bewusst oder unbewusst dem Machterhalt des gegenwärtigen Eigentumsregimes. Kern liberalen Denkens ist jedoch

²⁴Raymond Geuss(2010), S.422.

²⁵ Ebd., S.423.

nicht der Markt oder die Maximierung des eigenen Nutzens, sondern *politische* Freiheit und *politische* Gleichheit. Das unterscheidet den kantischen Liberalismus eines John Rawls von den Ansätzen amerikanischer Neoliberaler, die in der Gefahr stehen durch einen kritischen Realismus als ideologisch entlarvt zu werden. Eine normative Theorie dagegen, die von den Grundpfeilern der Freiheit und Gleichheit ausgeht, die interpretativ und verantwortungsvoll Prinzipien politischer Gerechtigkeit für eine moderne Demokratie entwickelt, braucht Ideologiekritik nicht zu fürchten.

Die vier Aufgaben politischer Philosophie bei John Rawls

John Rawls beschreibt vier Aufgaben, die für ihn die Sinnhaftigkeit politischer Philosophie ausmachen: eine *praktische*, eine *orientierende*, eine *versöhnende* und eine *utopistische* Aufgabe. Es sind Aufgaben, die eine *normative* Theorie der Politik erfordern. Selbstverständlich erschöpft Rawls mit diesen Aufgaben nicht das gesamte Feld politischer Theorie und Philosophie. Es gibt Fragen und Probleme des Politischen, die über diese Aufgaben hinausgehen. Die These des Essays behauptet lediglich, dass diese Aufgaben eine normative Theorie der Politik bereits hinreichend begründen. Die *praktische* Aufgabe der politischen Philosophie besteht darin, dass sie tiefgreifende politische Konflikte in der Gesellschaft aufgreift und versucht sie aufzulösen. Geschichtlich hat die Philosophie das immer wieder getan. Beispielsweise zu Zeiten der Religionskriege im 16. und 17. Jahrhundert, als es in der Politik darum ging einen absoluten Machtanspruch einer bestimmten Glaubensrichtung durchzusetzen. Diese Konflikte haben Kontroversen über Glaubensfreiheit und Selbstbestimmung hervorgerufen, in deren Folge Philosophen, wie Locke in England oder Montesquieu in Frankreich, den Liberalismus mit seinen Prinzipien der Toleranz und Neutralität entwickelten.²⁶ Ein weiteres Beispiel ist Thomas Hobbes, der sein Hauptwerk „Leviathan“ gerade angesichts des englischen Bürgerkriegs verfasst hat. Dort versucht er zu argumentieren, dass eine funktionierende Rechtsordnung unter der Gewalt eines Souveräns, der für Sicherheit sorgt, in jedem Fall besser und vernünftiger ist als ein anarchisches Chaos. Denn

²⁶ Vgl. John Rawls(2003), S.19ff.

wenn überhaupt etwas moralisch und politisch gefordert ist, dann ist es Sicherheit für die Untertanen, so Hobbes.

Die westlichen Demokratien haben diese politischen Probleme der philosophischen Klassiker überwunden. Es herrscht eine politische Ordnung mit funktionierendem Gewaltmonopol und politische Entscheidungen werden unabhängig von religiösen Autoritäten im Geiste gegenseitiger Toleranz gefällt. Aber auch in einer gefestigten Demokratie gibt es weiterhin tiefgreifende politische Konflikte. In der jüngeren deutschen Geschichte gab es hier exemplarisch die Konflikte um die nukleare Abschreckung oder die Nutzung der Atomenergie. Ein immerwährender Konflikt dagegen, der tief bis an die Grundwerte der Demokratie reicht und seit ihren Anfängen besteht, verläuft zwischen dem Wert der Freiheit und dem Wert der Gleichheit. Die liberale Tradition der Demokratie, wie sie von Locke repräsentiert wird, räumt dem Wert der individuellen Freiheiten (*Life, Liberty, Property*) Vorrang vor der demokratischen Gleichheit ein. Die republikanische Tradition der Demokratie, die Rousseau repräsentiert, räumt der Gleichheit in Form einer chancengleichen Teilhabe am sozialen Leben und an der politischen Selbstbestimmung einer Bürgerschaft Vorrang ein. Rawls stellt die Lösung dieses Konflikts ins Zentrum seiner theoretischen Bemühungen um Gerechtigkeit. Er versucht eine gemeinsame und konsensfähige Interpretation beider Werte zu finden, und sie so zu ordnen, dass die Ansprüche der Freiheit und der Gleichheit bestmöglich gewahrt werden. Bjørn Thomassen bezeichnet Rawls' Konzeption auch als überzeugende Synthese von Liberalismus und Sozialismus.²⁷ Rawls muss dabei nicht annehmen, dass es sich beim Kampf um Freiheit oder Gleichheit ausschließlich um einen moralischen oder philosophischen Konflikt handelt. Er kann dem Realisten zugestehen, dass der Konflikt auch, aber nicht nur, aufgrund unterschiedlicher ökonomischer Interessen und sozialer Macht besteht. Um nicht im falschen Sinne ideologisch zu werden, will er gerade verhindern, dass seine Gerechtigkeitskonzeption durch partikuläre Interessen kontaminiert wird. Jede Idee, jeder Begriff und jede Interpretation, die in der Konzeption eingeführt wird, muss sich in diesem Sinne als ideologiefrei erweisen. Dem Ökonomen und empirischen Sozialwissenschaftler kommt dann die ergänzende Aufgabe zu, möglichst präzise und zuverlässige Theorien über die Funktionsweise sozialer Institutionen zu liefern, damit die Bürger wissen, wie sie ihre

²⁷ Vgl. Bjørn Thomassen(2012), S.242.

Gerechtigkeitsziele am effektivsten erreichen. Die erste Aufgabe deutet bereits an, was sich in den anderen fortsetzt. Rawls beschäftigt sich mit den politischen Problemen und Herausforderungen einer konkreten, historischen und real-existierenden Gesellschaft. Durch dieses Vorgehen ist er mehr Aristoteliker und weniger Platoniker, denn er behandelt Demokratie mehr als konkretes historisches Phänomen mit philosophischen Problemen und weniger als universelle Idee.

Die zweite Aufgabe der Politischen Philosophie ergibt sich aus dem Bedürfnis der Bürger nach einem Selbstverständnis als Mitglieder einer konkreten Gesellschaft. Sie stellt die Frage, welche Freiheiten und Rechte man als demokratischer Bürger genießt und welche Einschränkungen und Pflichten man akzeptieren muss. Die politische Philosophie kann dabei helfen, die Grenze zwischen der privaten und der politischen Autonomie zu erkennen und aufzeigen, welche individuellen und politischen Ziele im Rahmen der demokratischen Gerechtigkeitskonzeption vernünftig und zulässig sind. So gibt die politische Philosophie nicht nur dem Verfassungsgeber im Augenblick der Geburt eines neuen Staates die politische *Orientierung*, sondern auch dem normalen Bürger im gesellschaftlichen Alltag.

Die dritte Aufgabe der politischen Philosophie im Sinne Rawls' bezeichnete Hegel in seiner Rechtsphilosophie als „Versöhnung“.²⁸ Man könnte sie auch als die staatstragende Rolle der politischen Philosophie ansehen. In dieser Rolle macht die politische Philosophie dem Bürger die grundlegenden Institutionen der Gesellschaft verständlich. Die Philosophie gibt diesen Institutionen eine vernünftige Begründung. Sie kann damit zu einer begründeten Stabilität des Systems beitragen, die zwar in Zeiten sozialer und ökonomischer Prosperität kaum, allerdings in Zeiten existenzieller Not sehr wohl von praktischem Nutzen ist. So würde das Aufflammen eines revolutionären Zorns, der eine bestehende Gesellschaftsordnung gefährdet, prinzipiell unterbunden. Rawls' politische Theorie ist daher nichts für „Romantiker des Ausnahmezustands“. Versöhnung bedeutet für Rawls aber nicht primär das Verhindern der Bekämpfung einer Bestehenden Ordnung, denn eine durch Revolution gefährdete Ordnung macht sich eher der Ungerechtigkeit und Unvernunft verdächtig. Sie soll vielmehr ein positives Bewusstsein für die Gesellschaft, in der wir leben, und für ihre Institutionen schaffen, sofern diese den Ansprüchen der politischen Gerechtigkeit hinreichend genügen. Ausgehend vom Pluralismus könnte

²⁸ Der Frage nach der Richtigkeit dieser Hegelinterpretation wird hier nicht weiter kritisch nachgegangen.

sie verständlich machen, warum bestimmte religiöse Anliegen eben nicht auf der politischen Ebene berücksichtigt werden können. So stellt sich hier für den liberalen Philosophen etwa die Frage, wie er einem Gläubigen erklärt, dass eine liberale Gesellschaft, die seine Glaubensgrundsätze nicht vollständig abbildet, vernünftig ist. Gerade die Aufgabe der Versöhnung zwischen Staat und Bürger ist für den Realisten verdächtig. Hier besteht die Gefahr, dass die Philosophie nur eine Ideologie im Sinne der Profiteure eines Systems rechtfertigt und ein ungerechtes Regime verteidigt. Rawls kommt dem Realisten an dieser Stelle entgegen, indem er ausführt: *„Wenn man sich auf die Idee der politischen Philosophie als Versöhnung beruft, muß man behutsam verfahren. Denn die politische Philosophie ist stets in der Gefahr, mißbraucht zu werden, um einen ungerechten und unwürdigen Status quo zu rechtfertigen und somit im Marxschen Sinn ideologisch zu werden. Von Zeit zu Zeit müssen wird die Frage aufwerfen: Ist die Konzeption der Gerechtigkeit als Fairneß (oder irgendeine sonstige Anschauung) in dieser Hinsicht ideologisch?“*²⁹

Abschließend komme ich zur vierten, der utopistischen Aufgabe. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist ein grundlegender Anspruch, den man an eine idealistische politische Theorie richtet. Sie soll uns eine bessere aber verwirklichbare Zukunft vor Augen führen. Rawls spricht hier von einer realistischen Utopie. Nicht die perfekte Gesellschaft ist das Ziel, sondern eine Gesellschaft, die unter den gegebenen historischen und sozialen Bedingungen am gerechtesten wäre. Nicht alle diese Bedingungen sind starr und unbeweglich. Geschichte und Gesellschaft befinden sich im Fluss. Aufgabe der Politik ist es auf die soziale Welt zu wirken, ihre Institutionen zu gestalten und zu verändern. Zu den unverrückbaren Bedingungen moderner Demokratie zählt jedoch das Faktum des Pluralismus. Dieser Pluralismus ist zwar hinderlich auf dem Weg zu einer gerechten politischen Konzeption, jedoch ist er auch das Ergebnis des freien Gebrauchs menschlicher Vernunft und kein zufälliges historisches Schicksal. Die politische Philosophie sollte also die Frage beantworten, welche Ideale und Prinzipien eine pluralistische Gesellschaft mit einer historisch gewachsenen demokratischen Kultur unter Berücksichtigung veränderlicher ökonomischer und sozialer Institutionen sowie unveränderlicher Gesetzmäßigkeiten für sich wählen würde. Rawls hat diese Frage in seinem Werk beantwortet: Es sind die Prinzipien der Gerechtigkeit als Fairness. Diese Antwort ist nicht das letzte Wort

²⁹ John Rawls(2003), S.23.

der normativen Theorie, aber ein wichtiger Beitrag zu den Herausforderungen moderner Demokratie. Alle vier beschriebenen Aufgaben eröffnen der politischen Philosophie ein weites Tätigkeitsfeld jenseits empirischer Beobachtungswissenschaften, solange sie die Hinweise der Realisten beachtet und ihren Wahrheitsanspruch bzw. kognitiven Gehalt nicht überzieht.

Literatur

- Dworkin, Ronald: Justice for Hedgehogs, Cambridge 2011.
- Geuss, Raymond: Philosophy and Real Politics, Princeton 2008.
- Geuss, Raymond: Realismus, Wunschdenken, Utopie, in: DZPhil, Vol.58.3, 2010.
- Habermas, Jürgen: Die Einbeziehung des Anderen, Frankfurt a. M. 1996.
- Habermas, Jürgen: Vom pragmatischen, ethischen und moralischen Gebrauch der praktischen Vernunft, in: Ders.: Erläuterungen zur Diskursethik, Frankfurt a. M. 1991.
- Hume, David: Ein Traktat über die menschliche Natur, Band 2, Hamburg 1978.
- Moore, George Edward: Principia Ethica, Cambridge 1966.
- Rawls, John: Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf, Frankfurt a. M. 2003.
- Rawls, John: Politischer Liberalismus, Frankfurt a. M. 1998.
- Rorty, Richard: Der Vorrang der Demokratie vor der Philosophie, in: Ders.: Solidarität oder Objektivität, Stuttgart 1988.
- Rorty, Richard: Wahrheit und Fortschritt, Frankfurt a. M. 2003.
- Sleat, Matt: Liberal Realism: A Liberal Response to the Realist Critique, in: The Review of Politics, Vol.73, 2011.
- Stuckart, Wilhelm/Globke, Hans(Hrsg.): Kommentare zur deutschen Rassengesetzgebung, Bd.1, München & Berlin 1936.
- Thomassen, Bjørn: Reason and Religion in Rawls: Voegelin's Challenge, in: Philosophia, Vol.12, 2012.
- Weber, Max: Wissenschaft als Beruf, Berlin 1984.

- Williams, Bernhard: Realism and Moralism in Political Theory & The Liberalism of Fear, in: Geoffrey Hawthorn (Hrsg.): In the Beginning Was the Deed: Realism and Moralism in Political Argument, Princeton 2005.

Persönliche Daten

Name: Sönke Niedringhaus

Studium: Promotion Philosophie (Hf), Politikwissenschaft (Nf)

Lehrstuhl Nida-Rümelin der philosophischen Fakultät (LMU)

Anschrift: Am Hofberg 27

85293 Reichertshausen

Tel: 0176/27820339